

dem aus übergeordneten Gründen nicht folgen. Somit passiert wieder einmal gar nichts.

Die beschlossenen Grundsätze können nur ein Grundgerüst sein, letztlich kommt es jedoch auf die praktische Ausgestaltung an. Ob die angesprochene Schaffung einer so genannten Europakammer ein Beitrag zur Lösung ist, darf eher bezweifelt werden, geht es doch hierbei um die Schaffung eines neuen Bürokratiemonsters.

Andererseits stellt sich die Frage, was der Landtag innerhalb der kurzen und starren Fristen leisten kann. Oder sollte es eventuell einen verfahrensleitenden Ausschuss geben?

Noch einmal die Forderung seitens der DVU-Fraktion: Es ist Zeit zum Handeln. Brandenburger Positionen müssen offensiv in Berlin und Brüssel durchgesetzt werden. Dem Antrag der Fraktionen von SPD und CDU stimmen wir deshalb zu.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Es spricht jetzt die Abgeordnete Richstein für die Fraktion der CDU.

Ich bitte den Abgeordneten Baaske nach vorn, um die weitere Leitung der Sitzung zu übernehmen.

Frau Richstein (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir sprechen viel über Subsidiaritätskontrolle, obgleich wir dieses Prinzip noch gar nicht haben. Wir haben es letztendlich erst, wenn wir auch einen europäischen Verfassungsvertrag haben. Deswegen darf man in diesem Kontext wohl sagen, dass der 1. Januar 2007 ein für uns sehr wichtiges politisches Datum ist. Am 01.01.2007 wird Deutschland die Ratspräsidentschaft für ein halbes Jahr innehaben. Ich habe sehr viel Hoffnung in die Bundesregierung und auch in Frau Angela Merkel, unsere Bundeskanzlerin, dass in dieser Zeit unter anderem der Prozess des europäischen Verfassungsvertrages vorangebracht wird - er soll ja bis 2009 abgeschlossen sein -, damit wir letztendlich wirklich das System der Subsidiaritätskontrolle haben.

Der 01.01.2007 ist aber auch aus einem anderen Grund ein wichtiges politisches Datum, weil dann die Föderalismusreform in Kraft tritt. Das ist deswegen wichtig, weil wir als Land unter anderem die Verhandlungsführung in den Beratungsgremien von Kommission und Rat im Bereich der Bildung, der Kultur und der Hochschule bekommen. Ebenso wird auch europäisches Recht direkt in Landesrecht umgesetzt, sofern die Gesetzgebungskompetenz ausschließlich bei den Ländern liegt.

Wir müssen auf dieses Datum natürlich vorbereitet sein. Deswegen legen wir Ihnen heute diesen Antrag vor, weil wir eben nicht nur in einem Schnellschussverfahren von der Landesregierung mit Informationen überschüttet werden wollen, sondern wohl vorbereitet sein wollen. Deswegen haben wir den Landtagspräsidenten auch gebeten, uns von den Bemühungen der anderen Länder zu berichten.

(Unruhe)

Wir müssen das Rad ja nicht immer neu erfinden, sondern können auch von den Erfahrungen anderer lernen.

(Anhaltende Unruhe - Bochow [SPD]: So wollen wir das machen, ja!)

- Würden Sie bitte für Ruhe sorgen, Herr Präsident!

(Zurufe)

- Die kurze Unterbrechung jetzt hat jedenfalls schon gereicht, um etwas mehr Ruhe einkehren zu lassen. Schönen Dank.

(Zuruf des Abgeordneten Klein [SPD])

- Ich hatte nur um Ruhe gebeten, Herr Kollege Klein.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Vielen Dank, Herr Präsident.

Weiterhin wollen wir darüber informiert werden, wie das Frühwarnsystem zwischen Bundesrat und Bundestag, zu dem auch schon der Kollege Bochow Ausführungen gemacht hat, ausgestaltet wird. Dabei möchten wir auch gern erfahren, wie wir nach den Vorstellungen der Landesregierung hieran beteiligt werden sollen. Ob wir den entsprechenden Empfehlungen dann folgen werden, steht auf einem anderen Blatt. Das werden wir im zuständigen Ausschuss und hier im Plenum sehr ausführlich diskutieren.

Auch ich muss dem Entschließungsantrag der Fraktion der PDS eine Absage erteilen; denn dort werden zum Teil Selbstverständlichkeiten formuliert. Heute schon steht es jedem Ausschuss frei, sich im Rahmen der Selbstbefassung mit den Grün- und Weißbüchern der Europäischen Kommission zu beschäftigen, und natürlich darf jeder Ausschuss dann über den Landtag auch eigene Stellungnahmen verfassen, deren Umsetzung der Landesregierung anheimgestellt wird.

In dem zweiten Teil des Entschließungsantrags formulieren Sie meines Erachtens unnötige Informationspflichten. Sie arbeiten im Sonderausschuss zum Abbau von Normen und Standards immer so schön mit, hier aber drehen Sie das Ganze wieder um. Ich meine, dass damit dem Ganzen ein allzu starrer Rahmen aufgepfropft wird, wodurch die Landesregierung zu Informationen verpflichtet wird, die vielleicht gar nicht notwendig wären. Lassen Sie uns also den ersten vor dem zweiten Schritt tun, und zwar auch unter Berücksichtigung von Artikel 94 der Landesverfassung, in dem die Pflicht der Landesregierung zur Unterrichtung des Landtags schon festgelegt ist.

Wenn uns die Berichte der Landesregierung und auch des Landtagspräsidenten im Januar 2007 vorliegen, sollten wir darüber ausführlich diskutieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Amtierender Präsident Baaske:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Richstein.

Ich sehe die fragenden Blicke, die Sie auf mich hier oben richten. Ich kann das kurz erklären: Ich sitze hier oben, weil der